

## Blaupause für Haushalt

Die US-Regierung hat ihren Haushaltsentwurf für 2018 in dem 60-seitigen Dokument „America First – A Budget Blueprint to Make America Great Again“ vorgelegt. Der Plan lehnt sich eng an den „Blueprint for Balance – A Federal Budget for 2017“ der konservativen Heritage Foundation an. Wie dieser sieht er vor, die Ausgaben für Verteidigung und Nationale Sicherheit um 10 Prozent zu erhöhen und die dafür erforderlichen Mittel von 54 Milliarden Dollar bei zivilen Ausgaben einzusparen. So sind bei den Forschungsausgaben Kürzungen in noch nicht gekanntem Umfang vorgesehen. Am härtesten trifft es die Advanced Research Projects Agency-Energy (ARPA-E) des Department of Energy (DOE), dessen Erfolgsbilanz<sup>1)</sup> das Weiße Haus ignoriert: ARPA-E soll keine Mittel mehr erhalten. Für die Environmental Protection Agency sind Kürzungen von 31 Prozent und die Entlassung jedes fünften Mitarbeiters vorgesehen sowie Einsparungen bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben von 48 Prozent. Das Department of Energy soll 5,6 Prozent einsparen, bei den Forschungsausgaben sogar 17 Prozent. Zudem soll das DOE die Energieforschung stark reduzieren und sich stattdessen auf seine National Nuclear Security Administration (NNSA) fokussieren, deren Aufgabe die Kernwaffenforschung und der Ausbau der militärisch-nuklearen Infrastruktur ist.

Bei den National Institutes of Health (NIH) sind die umfangreichsten Einsparungen in Höhe von 5,8 Milliarden Dollar bzw. 18 Prozent vorgesehen. Dies entspricht etwa den indirekten Kosten, die den NIH von den Universitäten in Rechnung gestellt werden, deren Forscher NIH-Gelder erhalten. Offenbar will die Trump-Regierung diese indirekten Kosten für Personal- und Sachmittel auf die Universitäten abwälzen.

Am glimpflichsten fallen die Kürzungen bei der NASA mit

einem Prozent aus, sodass sie absolut sogar mehr Mittel bekäme. Doch auch hier sind die Gewichte ungleich verteilt. Während die Planetenforschung 16 Prozent mehr erhält, sollen Geo- und Klimaforschung um fünf Prozent gekürzt werden. Vier Erdbeobachtungssatelliten, unter ihnen das geplante Orbiting Carbon Observatory-3 und Al Gores 2015 gestartetes Deep Space Climate Observatory, sollen keine Mittel mehr erhalten. In einer Stellungnahme des Weißen Hauses hieß es zur Klimaforschung, dass man dafür kein Geld mehr ausgeben wolle, weil man dies für Verschwendung halte.

Die Reaktionen auf Trumps Haushaltsentwurf sind zumeist ablehnend. So heißt es von der American Physical Society, dass man über die Auswirkungen auf die Physik und das gesamte Wissenschaftssystem beunruhigt sei. Die vorgeschlagenen Einschnitte würden Forschungsbereiche lähmen, die für die Wissenschaft, das Wirtschaftswachstum und die nationale Sicherheit der USA lebenswichtig sind. Die Kritiker hoffen nun, dass der US-Kongress Trumps Kürzungen zurückweist.

## Beratend oder verraten?

Staatliche Regelungen für den Umwelt- und Klimaschutz, die Gesundheit oder die Verkehrssicherheit sollten auf der „besten verfügbaren Wissenschaft“ beruhen. Darüber ist man sich in den USA einig. Doch die Republikanische Mehrheit im US-Kongress will jetzt, endlich ungehindert vom Weißen Haus, gesetzlich festlegen, wie staatliche Stellen ihre Verordnungen und Normen wissenschaftlich begründen. Das betrifft in erster Linie die Environmental Protection Agency (EPA), der die Republikaner im Repräsentantenhaus vorschreiben möchten, wie sie ihre Sachverständigen auswählen und in welchem Umfang sie die wissenschaftlichen Daten veröffentlichen soll, die neuen Vorschriften

zugrunde liegen. Die Republikaner beklagen schon lange, dass die EPA ihre Verordnungen auf „fragwürdiger“ und „geheim gehaltener“ Wissenschaft gründet, welche die Handlungsfähigkeit der Industrie einschränken. Zudem würde die EPA oft Industrieforscher wegen Interessenkonflikten von der Teilnahme an Gutachtergremien ausschließen. Das wollen die Republikaner ändern und stattdessen die Teilnahme von solchen Wissenschaftlern erschweren, die von der EPA Forschungsgelder erhalten. Kritiker befürchten eine verstärkte Einflussnahme der Industrie auf die staatliche Regulierung und einen Ausschluss von unabhängiger Expertise. Neben der EPA sollen auch andere Behörden entsprechende Richtlinien erhalten.

## Rückhalt für die NASA

Der US-Kongress hat parteiübergreifend den „NASA Transition Authorization Act“ verabschiedet, welcher der Weltraumagentur Planungssicherheit gibt und ihre Prioritäten in der Forschung und Erkundung bekräftigt. Das Gesetz legt das Schwergewicht auf das Programm zur bemannten Raumfahrt und befürwortet die Pläne, in den 2030er-Jahren Astronauten zum Mars zu schicken. Zudem soll die Internationale Weltraumstation ISS mindestens bis 2024 weiter in Betrieb bleiben. Der Kongress bekräftigt mit dem Gesetz seine Unterstützung für geplante Großforschungsprojekte wie das James Webb Space Telescope, die Mars 2020 Rover Mission und das Wide-Field Infrared Survey Telescope. Außerdem stellt er sich hinter die astrobiologische Forschung, die Erkundung erdnaher Objekte und den Betrieb des Infrarot-Observatoriums SOFIA. Welches Gewicht die Erderkundung und die Geoforschung für die NASA spielen sollen, klammert das Gesetz aus, da Republikaner und Demokraten hier unvereinbare Positionen vertreten.

Rainer Scharf

1) Physik Journal, April 2017, S. 13